

## **Pressemitteilung**

### **Kinder und Jugendliche beobachten sächsische Politik**

Mit der Frage, von wem und wie in Sachsen Bildungspolitik gemacht hat, begeben sich zahlreiche Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und Pädagoginnen verschiedener Schulen in freier Trägerschaft am Mittwoch Vormittag, 17.12.2014, in den Sächsischen Landtag. „Wir gehen in den Landtag um zu zeigen, dass es uns nicht egal ist, wie das Endergebnis des Gesetzes zur Finanzierung der Freien Schulen ist“, so Marlen, Schülerin der Freien Alternativschule Dresden.

Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat im letzten Jahr deutlich gemacht, dass die bisherige Finanzierung freier Schulen unzureichend ist. Das aktuelle Gesetz ist nicht verfassungsgemäß und muss zum Schuljahr 2015/16 geändert werden.

### **Bisherige Finanzierung Freier Schulen ist nicht verfassungsgemäß**

Bisher müssen Schulen in freier Trägerschaft Schulgeld erheben, weil die Zuwendungen vom Land für den normalen Schulbetrieb zu niedrig sind. Zudem beschloss die Staatsregierung im Jahr 2011, auch gering verdienenden Eltern das Schulgeld nicht mehr zu erstatten. Zahlreiche Eltern können sich seitdem eine gesetzlich zugesicherte freie Schulwahl schlicht nicht mehr leisten.

Entsprechend hoch sind die Erwartungen an die sächsische Politik, das Urteil umzusetzen.

Der Koalitionsvertrag bleibt in Bezug auf diese Aufgabe sehr vage. Doch die Zeit läuft. Denn für Schülerinnen und Schüler an Freien Schulen soll laut Urteil zum Schuljahr 2015/16 so viel Geld zur Verfügung stehen wie an kommunalen Schulen.

Dafür muss der Freistaat jedoch erst einmal offen legen, wie hoch die Kosten pro Schüler an kommunalen Schulen überhaupt sind. „Der Skandal ist für uns, dass wir bisher noch nicht einmal erfahren haben, wie viel ein Schüler oder eine Schülerin an einer staatlichen Schule kosten“, empört sich Daniel Butscher. Es ist Zeit, dass Parlamentarier die Regierung auffordern, die entsprechenden Zahlen zu liefern und einen verfassungskonformen

Gesetzesentwurf vorzulegen.

Zur Erinnerung an ihre Aufgabe im Jahr 2015 erhalten einige Parlamentarier deshalb in den nächsten Tagen ein kleines Wichtelgeschenk der Schülerinnen und Schüler. Adressiert werden dabei speziell die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Sport.

**„Wir wollen keine Geschenke, sondern wir wollen unser Recht“**

Die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Pädagoginnen von Schulen in Freier Trägerschaft fordern grundsätzlich gute Bildung für alle sowie freie Schulwahl, unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder.